

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Juni 1977

Kirchentag 1977 in Berlin

Lieber Leser:

Das Thema des 17. Deutschen Evangelischen Kirchentages „Einer trage des anderen Last“ gewinnt im geteilten Berlin eine besondere Bedeutung. Während die großen Kirchentage 1951 und 1961 im gleichen Ort Brückenschlag zwischen den Christen in beiden Teilen Deutschlands waren und ihre gesamtdeutsche Bedeutung nicht verkannt werden konnte, stellt sich der Kirchentag 1977 in Westberlin anders dar: seine Funktion muß die der Hoffnung sein für all jene Menschen, denen das System der Unfreiheit jenseits der Mauer die Teilnahme nicht ermöglicht.

Keinem der Kirchentagsteilnehmer, der nach Berlin kommt, wird das Erlebnis der Mauer erspart, die nicht nur diese Stadt teilt, sondern in ihrer Ausstrahlung tödlicher Drohung und Gewalt weit über die materielle Behinderung der Freizügigkeit hinaus in geistige Dimensionen hineinreicht. Es ist eine Mauer, hinter der der Anspruch auf Freiheit und Menschenrechte nichts gilt.

In der christlichen Kirche hat die Freiheit des Menschen als geistige Freiheit von Anfang an einen hohen Stellenwert gehabt. Das Bekenntnis zur Freiheit eines Christenmenschen stand am Beginn der Reformation, eingebettet in die christliche Theologie, für die von jeher Freiheit und Gleichheit der Menschen eine Eigenschaft ihrer ursprünglichen Natur waren. Eine Freiheit und Gleichheit, die übrigens nicht als Willkür zu begreifen sind, sondern als Entwicklungsmöglichkeit eines Menschen, dessen Wesen in christlichen Wertvorstellungen ruht. Diese liefern die Maßstäbe zur Beurteilung der Lebenssituationen und die Maxime des Handelns.

Wir erleben seit einigen Jahren eine Renaissance eigentlicher menschlicher – und d. h. im Grunde christlicher – Werte gegenüber einer langen Zeit vorherrschenden Auffassung vom Menschen als reinem Sachobjekt, das sich beliebig manipulieren läßt. Wir begreifen wieder, daß uns der Mensch in seiner ihm ureigenen Menschlichkeit als Geschöpf Gottes zur Aufgabe gemacht ist und daß wir diese nur lösen

Evangelische Verantwortung

Heft 6/1977

können, wenn wir den Wert menschlicher Solidarität anerkennen, mögen auch noch so viele selbsternannte Propheten der Konfliktstrategie durch die Lande ziehen und das Gegenteil behaupten.

Bei diesem Vorgang des Sichbegreifens als eigenständiges Gemeinschaftswesen und nicht als nur ichbezogenes Individuum fällt den Kirchengemeinden eine gar nicht zu überschätzende Rolle zu, weil der Mensch sich hier in freier Begegnung mit einer christlichen Ordnung der Werte auseinandersetzen und damit selbst verwirklichen kann.

Christliche Grundwerte bilden die Basis auch meiner politischen Entscheidungen. Von dieser Ausgangsposition her fühle ich mich als Christ besonders dazu aufgerufen, mich für die Gerechtigkeit in dieser Welt einzusetzen. Aus unserem Verständnis vom Menschen leiten wir als Christdemokraten die Grundlinien unseres Handelns ab. Die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind für uns christlich begründet. Dennoch sind sie für uns in dieser säkularisierten Welt keine spezifisch christlichen, sondern allgemein-menschliche Grundwerte. Sie dienen auch keineswegs nur der Politik einer Partei, sondern dem Gemeinwesen im ganzen.

Wir sind überzeugt, daß der freiheitlich-soziale Rechtsstaat langfristig nur dann gewährleistet sein wird, wenn der individuelle Freiheitsspielraum nicht beschnitten wird. Diese Freiheit ist aber nicht von vornherein gleichbedeutend mit der Freiheit des Neuen Testaments, sie erwächst jedoch aus den gleichen Wurzeln. Das wird dann besonders deutlich, wenn die Kirchen dem Staat helfen, die Frage „Freiheit wozu?“ konstruktiv zu beantworten. Aus unserem christlichen Glauben leiten wir für uns verpflichtende ethische Normen ab, ohne die wir uns eine humane Welt nicht vorstellen können.

So entwickelt sich ein ständiger Dialog zwischen Kirche und Staat. Das Verhältnis von Kirchen und Staat ist in der Bundesrepublik Deutschland – von der unser Berlin ein Teil ist – durch das Wissen geprägt, daß Kirchen und Staat gemeinsame Berührungspunkte und Verpflichtungen besitzen. Beide

stehen in einem Beziehungsverhältnis gegenseitiger Einwirkung. Kirchen und Staat sind jeweils mit einem spezifischen Auftrag und Anspruch ausgestattet, die unverwechselbar sind. Das unterscheidet sie und weist ihnen ihre jeweiligen Aufgaben zu. Wo den Kirchen das Heil des Menschen anheimgegeben ist, hat der Staat den Auftrag, um das Wohl des Menschen besorgt zu sein. Es wäre deshalb eine Verfälschung der Aufgabenstellung, wollten wir als Politiker unseren Glauben mit politischen oder staatlichen Mitteln durchsetzen. Andererseits trägt alles menschliche Handeln als Wert oder Werk zum Heil nichts bei; es ist uns jedoch aufgegeben als Dienst am Nächsten. Politik ist nicht Verwirklichung des Sittlichen, dessen Festlegung, Ausmaß und Umfang zum Amt der Kirche gehört. Politik ist Schaffung der Voraussetzungen für das Wohl der ihr anvertrauten Menschen.

Dieses Wohl muß die jeweilige geschichtliche Situation berücksichtigen, die Wirklichkeit, in der der Mensch zu leben hat. Unsere heutige Wirklichkeit ist dadurch geprägt, daß wir in einer nachchristlichen Gesellschaft leben und uns das Ausmaß der Säkularisierung noch gar nicht genügend bewußt ist. Diese Säkularisierung ist kaum rückgängig zu machen. Sie stellt uns vor die Frage, wie wir in einer säkularisierten Gesellschaft ein christliches Zeugnis ablegen und unsere Vorstellungen von Politik aus christlicher Verantwortung zur Wirkung bringen. Dabei ist von Bedeutung, daß die Kirchen es mit denselben Menschen zu tun haben, deren Ansprüche sich in vielen Bereichen begegnen und überschneiden. Für manche ist dies verwirrend. Darum muß der ständige Dialog zwischen Kirche und Staat auch insoweit – in vollem Bewußtsein der gegenseitigen Verantwortung – immer wieder um Klarheit bemüht sein und für Klärung sorgen.

Viele Politiker haben noch immer große Schwierigkeiten, zu den Kirchen und ihrer gesellschaftlichen Aufgabenstellung ein ungestörtes Verhältnis zu finden. Die einen befürchten, der Staat werde als Instrument zur Durchsetzung weltanschaulicher Positionen mißbraucht. Sie meinen, im Jahr 1977 vor einem „Kirchenstaat“ warnen zu müssen. Sie schlagen damit noch einmal die Schlachten der Vergangenheit!

Die anderen ziehen sich auf den weltanschaulich neutralen Staat zurück und überlassen es den Kirchen, sich um die Grundwerte und deren Anerkennung in der Gesellschaft zu sorgen. Dabei gibt es keinen Zweifel, daß es ohne die historischen Leistungen der Kirchen den modernen Staat in seiner heutigen freiheitlichen Gestalt nicht gäbe. Auch wer das religiöse Selbstverständnis der Kirchen nicht teilt, sollte nicht verkennen, daß ihre Aufgabenstellung für eine an Grundwerten orientierte politische Ordnung auch in der Gegenwart von außerordentlichem Gewicht ist. Sie sind – trotz aller ihrer inneren Schwierigkeiten – nach wie vor die großen Ordnungskräfte, die in der säkularisierten Welt die Frage nach einer die Gesellschaft übergreifenden Wirklichkeit, nach einer letzten Sinngebung der menschlichen Existenz offenhalten.

Wer im Evangelischen Arbeitskreis der CDU Berlin mitarbeiten möchte, wendet sich an Frau Dr. Ursula Besser, MdA, Apostel-Paulus-Str. 21/22, 1000 Berlin 62.

Es geht deshalb heute mehr denn je darum, daß beide Seiten, die Politik und die Kirchen, aufeinander hören.

Die Kirchen leisten den wirkungsvollsten Beitrag zur Erhaltung der demokratischen Freiheit, die unseren Staat prägt, wenn sie sich überall gegen jeden Ansatz und jede Form des Totalitarismus einsetzen. Stärker als bisher sind die Kirchen daher auch zur Auseinandersetzung mit dem Marxismus aufgerufen. Es berührt merkwürdig, von „Kirche im Marxismus“ oder gar „Kirche für den Marxismus“ zu hören und zu lesen, wenn andererseits doch auch den Kirchen seit langem deutlich ist, unter welcher tödlichen Bedrohung ihrer Freiheit sie gerade in den Ländern jenseits der Berliner Mauer in Osteuropa stehen. Dort gehört es zum politischen Programm, daß es langfristig in einer „sozialistischen Ordnung“ keinen Platz für Kirchen gibt. Das Ziel, sie und den christlichen Glauben „absterben“ zu lassen, gehört zu den offen verkündeten Aufgaben des Staates.

Demgegenüber sind wir zu allen Zeiten ohne Einschränkung dafür eingetreten, den Kirchen ihren Freiheitsraum zu schaffen. Sie brauchen ihn, um wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben gerecht zu werden. Die oft unter großen persönlichen Opfern erbrachten Leistungen im diakonischen Bereich bedürfen der besonderen Anerkennung und Unterstützung durch den Staat. Daher gilt den Einrichtungen der Kirchen sowie den freien Trägern unsere besondere Förderung. Wir dürfen es nicht zulassen, daß der Staat – und in diesem Fall besonders die Kommunen – sich selbst immer neue Aufgaben zuweist, deren Erfüllung durch andere viel besser wahrgenommen werden kann.

Das Erscheinungsbild, das eine Gesellschaft bietet, wird wesentlich durch die Menschen geprägt, die persönliche Opfer für ihre Mitbürger bringen. Das kann ein Staat mit seiner Sozialpolitik – wie bemüht sie auch immer sein mag – allein nicht wirkungsvoll leisten; dazu bedarf es vor allem der freiwilligen, mitmenschlichen Initiative des einzelnen, für die nun einmal christliche Ethik die beste Grundlage ist.

Ich verbinde mit meinem besonderen Gruß an die Teilnehmer des Berliner Kirchentages 1977 den Wunsch, daß er für all dies neue Impulse geben möge. Gleichzeitig danke ich allen Beteiligten aus dem Bereich des Evangelischen Arbeitskreises und der Unionsparteien für ihren unermüdlichen Einsatz bei den Vorbereitungen zum „Markt der Möglichkeiten“.

In diesem Sinne verbleibe ich mit herzlichen Grüßen

Ihr



Peter Lorenz ist Mitglied des Bundesvorstandes der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Landesvorsitzender der CDU Berlin und Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses.

25 Jahre Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Peter Egen

Als im August 1945 engagierte evangelische Christen, die dem Gedankengut der damals im Entstehen begriffenen CDU nicht allzu fern standen, sich in Wuppertal versammelten, um ihre Bereitschaft zur Mitarbeit in einer aus christlicher Verantwortung getragenen Politik zu betonen, konnte keiner ahnen, daß aus diesem Kreis wenige Monate später die Evangelische Tagung Rheinland entstehen würde.

Sie aber war wiederum Vorläuferin des sieben Jahre später in Siegen durch Hermann Ehlers, Robert Tillmanns und Ernst Bach, dem damaligen Oberbürgermeister der Stadt Siegen, gegründeten Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, der in der Zeit vom 13. – 15. Mai dieses Jahres in der Stadt seiner Gründung mit seiner 21. Bundestagung zugleich auch seine 25-Jahrfeier verband.

Wer die geistigen Entwicklungen im deutschen Protestantismus der Nachkriegsjahre mit den heutigen evangelischen Strömungen und Richtungen verfolgt, wird unschwer feststellen, daß das Bild bunter, die gesellschaftspolitischen Akzente stärker geworden sind. Dies aber gibt zugleich auch die Richtung für die Aufgabenstellung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU an, der jetzt nach Siegen unter dem Leitthema „Die Freiheit verantworten – Herausforderung an uns Christen“ eingeladen hatte.

Unter dieser thematischen Akzentuierung fanden neben dem Festvortrag des Hamburger Theologen Professor Dr. Helmut Thielicke die beiden Hauptvorträge der Professoren Dr. Günter Rohrmoser, Stuttgart und Dr. Roman Herzog, Bonn, statt. Auch die Schlußansprachen von Dr. Gerhard Schröder, dem Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises, sowie Dr. Helmut Kohl, setzten sich mit den Fragen nach unserem Freiheitsverständnis auseinander. Darüber hinaus hatten die mehr als 700 Tagungsteilnehmer in vier Ar-

beitskreisen Gelegenheit, Themen zu Fragen der Grundwerte, der sozialen Ordnung, der Bildung und Erziehung sowie eines freien Europas zu diskutieren. Dr. Philipp von Bismarck, Staatssekretär Prof. Dr. Axel von Campenhausen, Kultusminister Prof. Dr. Wilhelm Hahn sowie Kai-Uwe von Hassel hatten zu den obigen Themen vor den Arbeitskreisteilnehmern in Kurzreferaten jeweils Schwerpunktprobleme aufgezeigt. Die Anwesenheit des bayerischen Justizministers Karl Hillermeier, der u. a. Mitglied der bayerischen Landessynode ist, und des CSU-Generalsekretärs Gerold Tandler im Rahmen der Arbeitskreisleitungen – neben Friedrich Vogel und Dr. Gerhard Rödning, Landeskirchenrat aus Bielefeld, machte deutlich, daß der Arbeitskreis auch seine Klammerfunktion zwischen CDU und CSU deutlich unter Beweis stellte; hierauf wurde nicht zuletzt auch durch den stellvertretenden CSU-Landesvorsitzenden Dr. Werner Dollinger, der seit langem als einer der energischsten Verfechter der Einheit der Unionsparteien gilt und im Vorsitz des Arbeitskreises einer der Stellvertreter von Gerhard Schröder ist, hingewiesen.

Neben dem Schwerpunkt seiner Arbeit in den kirchlich gebundenen Bereich hinein sieht der Evangelische Arbeitskreis heute eine weitere Aufgabenstellung – wobei er sich dem Gedankengut der Unionsparteien auf das Engste verbunden weiß – in der Diskussion von Grundsatz- und Grundwertefragen. Die großen Bundestagungen des Arbeitskreises haben dazu wertvolle Anregungen gebracht, deren Aufarbeitung jedoch nicht nur Aufgabe des Arbeitskreises selbst sondern auch der Unionsparteien sein sollte.

Zugleich muß aber auch ein weiteres Problem offen angeschnitten werden: Im Rahmen der allgemeinen bei uns festzustellenden Säkularisierung könnte man zu der Auffassung gelangen, daß die konfessio-

nelle Gebunden- und Geborgenheit ihre letzten Tage erreicht hätte. Bei einer umfassenden Analyse der gegenwärtigen Lage im kirchlich gebundenen Bereich – bei einer genauen Betrachtung der heutigen geistig-geistlichen Situation in den Vereinigten Staaten, deren Auswirkungen uns bald erreichen werden – allerdings ergibt sich, daß die moralisch-ethischen Grundlagen in unserer Gesellschaft und damit auch die Kirchen selbst eine in Zukunft wieder stärkere Bewertung erfahren werden.

Der Evangelische Arbeitskreis der Unionsparteien, der über Jahre mit Nachdruck sich immer wieder

Aus dem Inhalt

Kirchentag '77 in Berlin	1
25 Jahre Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU Peter Egen	3
Seminare der Hanns-Seidel-Stiftung für evangelische Christen	4
Christentum und Sozialismus – eine Herausforderung unserer Zeit Albrecht Martin	5
Leserbriefe	8
Abschied von Ludwig Erhard	10
Aus unserer Arbeit	11

für eine lebendigere Betonung des „C“ als der Basis unserer Verantwortung eingesetzt hatte, erfährt damit eine Bestätigung seiner bisherigen Aussagen.

Die Diskussionen über die Richtigkeit des „C“ sind unergiebig, wenn sie in dem Ruf nach Abschaffung enden; auch unsere politischen Gegner werden sie uns nicht aufdrängen können und sollten sie dies in noch so vielen Resolutionen – von Kirchtagen und theologischen Fachschaften ausgehend – fordern. Für uns sind diese Forde-

rungen geradezu eine Bestätigung der Richtigkeit unserer 1945 getroffenen und auch heute noch getragenen Entscheidung.

Wären wir selbst bereit, das „C“ in Frage zu stellen, würden wir damit zugleich auch die geistige Basis einer mehr als 30jährigen Politik aufgeben und ein Vakuum schaffen, dessen neuerliche Aus- und Auffüllung zwangsläufig zu ideologischen Strukturveränderungen führen müßte, dessen Rückwirkungen auf die Gesamtstabilität unseres politischen Systems nur von negativer Bedeutung wären. Die Chance, Volkspartei unter dem „C“ zu werden und zu sein, war eine der großen historisch-politischen Herausforderungen an Christen beider Konfessionen nach dem Zusammenbruch eines totalitären Systems, das keinen Platz für die Freiheit eines Christenmenschen ließ. Uns muß das „C“ als dialogische Herausforderung immer wieder ermahnen, uns der erforderlichen letzten Verantwortung besonders bewußt zu bleiben. Diesen Auftrag müssen wir allerdings in stärkeren Konturen politisch verdeutlichen, wenn wir es mit unserer Pflicht und Aufgabe, aus christlicher Verantwortung heraus Politik für den Nächsten zu gestalten, ernst nehmen. Auch die Rückbesinnung auf das „U“, das die geistigen Väter der Unionsparteien einzig und alleine für den Zusammen-

schluß von Christen beider Konfessionen wählten, darf keine soziale Umdeutung und damit Verwässerung erfahren, sondern muß auch heute noch lebendig praktiziert werden. Dazu ein Beispiel: Traditierte Werte der katholischen Soziallehre müssen mit denen der evangelischen Sozialethik zu einer Politik verwoben werden, die auch für den evangelischen Christen mehr als nur eine bescheidene Alternative zu dem Gedankengut des Sozialismus darstellt.

Der Evangelische Arbeitskreis ist gefordert, durch Mut, Weitsicht und moralischen Anspruch die Politik der Unionsparteien mit zu gestalten. Das liberale Erbe des deutschen Protestantismus muß seine Verwurzelung in der Politik der Unionsparteien erfahren — eine Aufgabe, die sich umso leichter lösen lassen wird, wenn es uns gelingt, das Gespräch mit den Evangelischen Kirchen und ihren Einrichtungen verstärkt in Gang zu bringen, um auch unsererseits erkennen zu können, welche Problemstellungen in kirchlichen Kreisen erörtert werden. Das Gespräch mit den Kirchen muß aus seiner oft geführten Einseitigkeit heraus in einen fairen und lebendigen Dialog hineingeführt werden; positive Anzeichen hierfür sind sichtbar.

So war an der diesjährigen Siegener Bundestagung des EAK deutlich auffällig die von dem Ar-

beitskreis praktizierte verstärkte Beteiligung evangelischer Theologen und kirchlich gebundener Persönlichkeiten. So gab es keinen der Arbeitskreise, in dem die theologische Begleitung fehlte. Dabei wurde die Mitwirkung von Bischof Kunst, der zugleich auch — genau wie vor 25 Jahren — die sonntägliche Predigt für die Besucher der Bundestagung hielt, in einem der vier Arbeitskreise mit besonderer Aufmerksamkeit registriert. Dasselbe traf auch für Prälat Binder zu, den Beauftragten des Rates der EKD am Sitz der Bundesregierung, der sich unter den Ehrengästen der Eröffnungsveranstaltung befand sowie für das durch Präses D. Hans Thimme überbrachte Grußwort vom Rat der EKD, das mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Der Evangelische Arbeitskreis hat mit der in Siegen öffentlich dokumentierten Einbeziehung kirchlicher Repräsentanten in seine Arbeit seinen Willen bekundet, eine kritische Begleitung seiner Arbeit durch die Kirchen zu erreichen. Dazu gehört auch der faire Austausch der gegenseitigen, wenn auch gelegentlichen unterschiedlichen Positionen zu den wichtigen Fragen unserer Zeit.

Siegen, in dem der Arbeitskreis 1952 gegründet wurde, hat dazu einen wesentlichen Schritt nach vorne getan.

Vorträge und Diskussionsergebnisse der 21. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises, die vom 13. bis 15. Mai 1977 in Siegen stattfand, liegen schriftlich vor (vorläufig erst vervielfältigt) und kön-

nen gegen Rückportoübersendung kostenlos von der Geschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Oberer Lindweg 2, 5300 Bonn bezogen werden.

Seminare der Hanns-Seidel-Stiftung für evangelische Christen

Auch in diesem Jahr wird das Bildungswerk der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. (München) in Bayern wieder Seminare für evangelische Pfarrer, haupt- und nebenamtliche kirchliche Mitarbeiter sowie Kirchenvorstände durchführen. Auf diesen Veranstaltungen werden folgende Themen behandelt:

- Verinnerlichung — Rückzug der Kirche aus der Welt?
- Die protestantische Freiheit in biblischer Sicht — Konsequenzen für den Christen heute;
- Europa und der Protestantismus.

Als Referenten konnten u. a. der Würzburger Dekan Paul Rieger, der evangelische Landjugendpfarrer Paul Geisendörfer, der stellvertretende bayerische Ministerpräsident Dr. Karl Hillermeier und der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CSU, Dr. Werner Dollinger, MdB, gewonnen werden.

Die Veranstaltungen finden statt jeweils von Freitag 18.00 Uhr bis Samstag, 13.00 Uhr, und zwar am 8./9. Juli 1977 in Neustadt/Aisch (Mittel- und Unterfranken) und Kulmbach (Oberfranken) sowie am 15./16. Juli 1977 in München (Oberbayern, Schwaben) und Straubing (Oberpfalz, Niederbayern). Die Tagungsgebühr beträgt 10,- DM, worin Essen und Übernachtung enthalten sind; anfallende Fahrtkosten werden erstattet.

Anfragen und Teilnahmewünsche richten Sie bitte an das Bildungswerk der Hanns-Seidel-Stiftung, z. Hd. Dr. Paul A. Engstfeld, Lazarettstraße 19, 8000 München 19, Telefon 0 89 / 1 25 81.

Christentum und Sozialismus — eine Herausforderung unserer Zeit

Albrecht Martin

Die Frage nach dem Verhältnis von Christentum und Sozialismus ist in den Monaten des Wahlkampfes vor dem 3. Oktober 1976 durch den Wahlslogan der Unionsparteien FREIHEIT STATT SOZIALISMUS erneut aktuell geworden. Im Grunde ist das keine neue Frage, sondern sie hat sich schon vor etwa einem Jahrhundert gestellt, und zwar nicht nur in der Auseinandersetzung mit der damaligen Sozialdemokratischen Partei und ihren damals noch völlig einseitig am Marxismus orientierten geistigen Grundlagen, sondern auch in den mancherlei Versuchen, die mit der Industrialisierung aufbrechenden sozialen Fragen aus der Verantwortung des Christen heraus grundsätzlich zu beantworten.

Die deutsche Sozialdemokratie — und dies sei ausdrücklich hervorgehoben — hat ihren weiten Weg zurückgelegt von jener ausschließlich im historischen Materialismus begründeten geistigen Basis bis zu der Anerkennung, daß die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei in keiner Weise das Bekenntnis zu bestimmten weltanschaulichen Grundsätzen zur Voraussetzung habe oder bedinge.

Es ist verständlich, und ich halte diese Empörung keineswegs nur für wahltaktisch begründet, daß die Sozialdemokratische Partei sich gegen den Slogan FREIHEIT STATT SOZIALISMUS erbittert zur Wehr gesetzt hat. Natürlich können Sozialdemokraten mit Recht darauf hinweisen, daß viele ihrer Freunde mit Gut und Blut für die Freiheit eingetreten sind und auch heute für die Freiheit einzustehen bereit sind. Bei ruhiger Überlegung ist jedoch festzustellen, daß wichtige Kapitel der Geschichte der Sozialdemokratie in Deutschland der Auseinandersetzung von Freiheit und Sozialismus gewidmet waren, und es ist ja nicht zu verkennen, daß diese Debatte auch heute innerhalb der SPD geführt wird.

Wie kommt es nun zu diesem Ringen um Sozialismus oder Freiheit, wie kommt es, daß das Wort

vom demokratischen Sozialismus ständig neu zu erheblichem Mißtrauen Anlaß gibt, wie kommt es, daß die zunehmende Verdrängung des herkömmlichen Namens der Sozialdemokratischen Partei durch die Bezeichnung demokratischer Sozialismus nun doch tatsächlich deutliche Akzentverschiebungen innerhalb dieser Partei signalisiert?

Es ist ein grundlegendes Mißverständnis, und es belastet die politische Diskussion ganz erheblich, daß vielfach das Wesen des Sozialismus begriffen wird im Ernstnehmen der sozialen Fragen. Da kein verantwortlich denkender Mensch heute an den sozialen Fragen vorübergehen kann, meinen viele, in gewisser Weise dem Sozialismus doch verbunden zu sein. In Wirklichkeit geht es aber um etwas ganz anderes. Bis zum heutigen Tag ist der Sozialismus davon überzeugt, daß Wohl und Freiheit der Menschen abhängig seien von einer durch bewußte und umfassende Planung zu verwirklichenden Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Von da her wird ein Sozialist die Überwindung bestimmter Schwierigkeiten nicht zunächst von der Mobilisierung der Kräfte, auch der Interessen des einzelnen erwarten, sondern er wird den Weg über eine möglichst weitgehende entweder staatliche oder wenigstens doch Teilbereiche der Gesellschaft umfassende Reglementierung suchen.

Ich will nicht verkennen, daß die Ansicht, man könne die Dinge durch eine möglichst umfassende Regelung am besten ordnen, auch mit einem sehr ernstem Gerechtigkeitsgefühl begründet wird. Denn natürlich schließt der Appell an das Verantwortungsbewußtsein des einzelnen auch die Möglichkeit groben Versagens mit ein. Natürlich kann dann ein solches Fehlverhalten einzelner im wahrsten Sinne des Wortes ärgernisierend sein. Die Frage aber ist, ob das in Kauf genommen werden darf oder sogar muß.

Wie weit sozialistisches Denken in unserem Volk heute schon verbreitet ist, zeigt die Tatsache, daß die Mehrheit der Menschen die Begriffe Gerechtigkeit und Gleichheit als Synonyme verstehen. Es wird damit auch deutlich, daß es sich hier nicht nur um die Auseinandersetzung mit einer der großen Parteien handelt, sondern daß wir hier eine Entwicklung feststellen, die auf unser ganzes politisches und gesellschaftliches Leben nicht ohne Einfluß geblieben ist. Denn es besteht natürlich nicht der geringste Zweifel daran, daß von dieser sozialistischen Komponente unseres Denkens, wie sie sich in der Gleichsetzung von Gerechtigkeit und Gleichheit abzeichnet, erhebliche Folgen ausgehen.

Der Protestantismus in seiner Anfälligkeit gegenüber dem Sozialismus

Wir kehren zum Ausgang zurück und stellen nun die Frage, warum man heute weitgehend bemerkenswerte Hinneigung breiter, besonders evangelischer Kreise zum Sozialismus feststellen muß. Diese Hinneigung ist begleitet von einer interessanten Akzentverschiebung innerhalb der wissenschaftlichen Theologie. Mit dem Schwinden der historischen Komponente in unserem gesamten Geistesleben sind auch die historischen Disziplinen in der Theologie, Exegese, Kirchengeschichte, ja sogar Dogmatik zurückgetreten hinter Sozialethik und andere verwandte Fächer. Dazu kommt ein bemerkenswerter Nachholbedarf. Aus der sicher weithin richtigen Erkenntnis, daß die Kirche sich sozialpolitischen Fragen im vorigen Jahrhundert zu spät und jedenfalls nicht grundsätzlich genug zugewendet habe, folgt die Forderung, nun ein ausgesprochenes Wächteramt der Kirche für diese Welt wahrnehmen zu müssen. Ohne Zweifel gibt es mindestens

vordergründig manche Berührungspunkte zwischen Sozialismus und Christentum: Soziale Verantwortung und Liebesgebot. Abhängigkeit des Verhaltens von sozialen Verhältnissen und Einsichten in die eigene Schuldverfallenheit. Mißtrauen gegenüber der Sonderstellung einzelner und Bereitschaft zu persönlichem Verzicht, durch Gesetze herbeigeführte Gemeinhaltung und neutestamentliches Gemeindedenken scheinen sich sehr weitgehend zu entsprechen. Entscheidender aber ist wohl eine andere Entwicklung. Innerhalb der christlichen Kirchen tritt in der Auslegung der Erlösungsbotschaft immer stärker in den Vordergrund die Auffassung, daß durch Jesus Christus diese Welt und damit auch die Staaten sowie ihre gesellschaftlichen Strukturen erlöst worden seien und daß der einzelne an dieser Erlösung teilhaben solle. Richtig an dieser Auslegung ist sicher, daß der Zuspruch der Vergebung für den einzelnen nicht nur eine Frage seines individuellen Gottesverhältnisses sein kann, sondern ihn in eine besondere Verantwortlichkeit gegenüber der Welt und ihren Strukturen ruft, und daß diese Welt natürlich durch die Tat Gottes in Jesus Christus verändert worden ist. Aber das ist nun die entscheidende Frage, ob der einzelne Mensch teilhat an der Erlösung als Glied der Menschheit und als Angehöriger bestimmter vom Evangelium her veränderlicher gesellschaftlicher Strukturen, ob er durch diese Teilhabe erst die von Gott angesprochene Person wird, oder ob die Botschaft vom Heil einen bestimmten Menschen in seiner Unverwechselbarkeit trifft und ihn in die Verantwortung für diese Welt, der natürlich die Botschaft gilt, ruft. Es ist leicht einzusehen, daß die erstgenannte Auffassung zu einer weitgehenden Identifizierung von Christen und Sozialisten führen kann, nicht unmittelbar im Ausgangspunkt, wohl aber in der Zielsetzung und vor allem in der Praxis der politischen Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

An dieser Stelle wird für mich die Herausforderung sichtbar, die in der Frage nach Christentum und Sozialismus liegt. Denn im Grunde wird hier erneut die Frage aufgeworfen, ob wir bei unserem Ringen um das Menschenbild ausgehen von dem einzelnen, der ganz gewiß nicht losgelöst von der Ge-

meinschaft verstanden werden kann, der nicht ohne verantwortliche Hinwendung auf Gemeinschaft hin gedacht werden kann, oder ob wir von einem Menschenbild ausgehen, das die Würde des einzelnen in seiner Bindung in der Gemeinschaft, in seiner Teilhabe an einer gemeinschaftlich zu tragenden Verantwortung, in seiner gliedhaften Zugehörigkeit zur Gemeinschaft begründet versteht. Je nach dem wie unsere Antwort ausfällt, wird unsere Einstellung zur politischen Gestaltung von Staat und Gesellschaft sich entscheiden, wird sich entscheiden, wie wir die Freiheit des Menschen begreifen und worin wir sie begründet sehen.

Grundsätzlicher Dissens zwischen Christentum und Sozialismus

Nach dem Verständnis der biblischen Botschaft wird der Mensch als Geschöpf, als mit Namen angerufener Partner Gottes, als Gefallener und der Erlösung Bedürftiger, als auf den anderen Menschen Hinwiesener und als für diese Welt Verantwortung Tragender, immer als Person angesprochen. Das Du, mit dem die Botschaft Gottes den einzelnen ruft, die Antwort des Menschen im Gebet, in Bitte und Bekenntnis sind unvorstellbar, wenn ich den Menschen primär als Teil verstehe. Alle Beziehungen, die wir auch im Bereich unserer Welt als persönlich bezeichnen, also das Verhältnis zwischen Freunden, zwischen Eheleuten, zwischen Geschwistern, zwischen Eltern und Kindern, jedes echte Vertrauensverhältnis steht und fällt damit, daß zunächst die Person des Menschen, ganz gewiß in ihren vielfältigen Bindungen, aber zunächst doch in ihrer Unverwechselbarkeit ins Spiel kommt.

Wenn dem so ist, dann besteht eben doch ein grundsätzlicher Dissens zwischen Christentum und Sozialismus, dann wird der Christ gegenüber sozialistischen Vorstellungen und Lösungsvorschlägen Kritik anmelden müssen, dann stehen eben doch im Letzten Freiheit und Sozialismus unvereinbar sich gegenüber, denn, wie schon hervorgehoben, unser Freiheitsbild steht und fällt mit der Antwort auf die Frage nach dem Menschen. Betrachte ich ihn primär als Glied

eines Ganzen, als Teil einer gesellschaftlichen Gruppierung, lasse ich ihn bis ins Letzte hinein abhängig sein von deren Strukturen, dann suche ich naturgemäß auch die Verwirklichung der Freiheit in entsprechenden Strukturen von gesellschaftlicher und staatlicher Ordnung. Das kann bis zu einem bestimmten Grad durchaus auch dazu führen, daß der einzelne ein Stück Sorgenfreiheit, ein Stück persönliche Sicherheit gewinnt. Aber die gefährliche Grenze, jenseits derer seine persönliche Freiheit geopfert wird zugunsten der Strukturen, ist ständig vorhanden. Das ist ganz gewiß die Gefährdung jeder staatlichen Ordnung, sie wird aber im Sozialismus deshalb besonders drohend, weil sie hier nicht als Machtmißbrauch auftritt, sondern eben prinzipiell angelegt ist. Der Weg zu immer mehr Staat, zu immer mehr Ordnung der Gesamtheit, zu immer mehr Übertragung von Verantwortung von einzelnen auf gesellschaftliche Gruppen oder den Staat, ist im Sozialismus keine fehlerhafte Entscheidung sondern im Grunde die Konsequenz des Ansatzes.

Daher bin ich der Meinung, daß hier die große Herausforderung unserer Zeit gegeben ist, denn gerade weil die Entwicklung der Massengesellschaft, die Komplexität der Beziehungen, in denen wir leben, nach umfassender Ordnung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse rufen, sind wir aufgefordert, die Freiheit des einzelnen zu wahren, und das heißt, die Personhaftigkeit des Menschen zu schützen. Von daher gibt es meiner Auffassung nach keine grundsätzliche Gemeinsamkeit von Christentum und Sozialismus.

Wo liegen nun aus der Sicht des Christlich-Demokratischen Politikers – der zugleich auch im Evangelischen Arbeitskreis der Unionsparteien führend tätig ist – die Aufgaben, die er aufgreifen muß, will er seinem Ansatz getreu bleiben.

Ohne rechtsstaatliche Ordnung keine individuelle Freiheit

Es ist eine Grundwahrheit, daß die Aufrechterhaltung rechtsstaatlicher Ordnung eine Voraussetzung für die Freiheit des einzelnen und der Gruppe bildet. Gerade weil der

demokratische Staat das Zustandekommen von legalen Entscheidungen an so viel Voraussetzungen bindet, gerade weil dem Bürger so viel Möglichkeiten, seine Meinung zur Geltung zu bringen, offenstehen, muß die Durchsetzung des einmal zustande gekommenen Beschlusses gesichert sein. Insofern bedeutet die Rechtsstaatlichkeit eben nicht die Unterwerfung unter den Mehrheitswillen im Bereich der Durchführung von rechtmäßig zustande gekommenen Beschlüssen. Es bedeutet auf die Dauer eine Zerstörung jeder rechtsstaatlichen Ordnung, eine Zerstörung des Freiheitsraums des einzelnen und der Gemeinschaft, wenn ich im konkreten Einzelfall die Durchführung von zufällig zustande gekommenen örtlichen Mehrheitsvoten an nicht legal zustande gekommene Gremien binde. Bürgerinitiativen können und sollen auf bestimmte bisher zu wenig beachtete Aspekte eines Problems hinweisen. Wenn sie sich das Recht anmaßen, über die Durchführung legal zustande gekommener Entscheidungen zu befinden, zerstören sie die Basis, auf der auch ihre Rechte ruhen. Es ist ein Mißverständnis anzunehmen, daß die Vergesellschaftung des Staates zu mehr Freiheitsrechten des einzelnen führe. Das Gegenteil ist der Fall. Die Freiheit des einzelnen ist nur dort gewährleistet, wo die Entscheidungen von einer von allen Bürgern in freier Wahl bestimmten Legislative kontrolliert werden. Gerade darum brauchen wir möglichst viel staatsfreien Raum, möglichst viel Aufgabenverlegung auf freie Träger, möglichst viel Inverantwortungnehmen der einzelnen Gruppen, aber das ist das Gegenteil von der Aushöhlung staatlicher Gewalt durch die Vergesellschaftung des Staates.

Zum Grundkonsens der Demokraten

Eine die Freiheit des einzelnen schützende Rechtsordnung wird nur solange möglich sein, als es den Grundkonsens in entscheidenden Fragen gibt. Wo der Grundkonsens, daß im demokratischen Rechtsstaat Gewaltanwendung zur Durchsetzung bestimmter Ansprüche schlechthin verboten ist, in Frage gestellt wird, hört Rechts-

staatlichkeit auf. Und wo die Exekutive gehindert wird, das als Recht anerkannte auch durchzusetzen, ist ebenfalls der Rechtsstaat bedroht. Zur Verantwortlichkeit des Christen in der Politik gehört es auch, diese Tatsache klar zu erkennen, deutlich anzusprechen und entsprechend zu handeln. Es gehört dazu auch die Einsicht, daß eine klare Distanz zu halten ist gegenüber allen Kräften, die sich als Bundesgenossen anbieten, in Wirklichkeit aber die Grundlagen unseres Rechtsstaates zerstören wollen.

Es gehört zu den kaum verständlichen Mißverständnissen in unserer evangelischen Kirche, daß man sich heute so außerordentlich schwer tut in der klaren Abgrenzung gegenüber gefährlichen Kräften. Natürlich fällt solche Abgrenzung außerordentlich schwer, wo die biblische Botschaft auf die Forderung nach Mitmenschlichkeit reduziert wird. Natürlich ist man den anderen Bewegungen gegenüber, die ähnliche Formulierungen in ihrem Programm haben, ziemlich wehrlos. Der Politiker wird demgegenüber die Bedeutung der Ordnungen betonen müssen, und zwar solcher Ordnungen, die sich an Grundsätzen orientieren, die menschlicher Verfügbarkeit nicht unterworfen sind. Dort, wo die Emanzipation des Menschen in dem Sinne zum obersten Ziel wird, daß der Mensch aus jeder vorgegebenen Ordnung herausgelöst werden soll, wird die Botschaft von der Erlösung des gefallenen Menschen nicht mehr ernst genommen. Gegenwärtig haben wir ja eine logisch kaum noch begreifbare enge Nachbarschaft von Gruppen, die eine womögliche noch biblisch begründete Auffassung vom Individualismus des Menschen vertreten, und solchen Gruppen, die einer sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung das Wort reden.

Es hat den Anschein, als wolle man den Bürger aus vorgegebenen sittlichen Ordnungen entlassen und ihn in anderer Hinsicht immer enger in staatliche und gesellschaftliche Reglementierungen binden. Kann man wirklich angesichts der Pluralität der Wertevorstellungen auf ethisch begründete Ordnungen verzichten? Um diese Frage ging es bei der Fristenlösung. Das Bundesverfassungsgericht hat klargemacht, daß der Schutz des ungeborenen Lebens dem Selbstver-

Evangelische Verantwortung 6/1977

wirklichswillen der Frau nicht ausgeliefert werden darf. Weder vom Standort des individualistischen Liberalismus, noch von der Basis des Sozialismus aus gibt es letztlich ein wirkliches Ernstnehmen des Menschen.

Freiheit wird heute durch eine Bildungspolitik bedroht, wie sie von SPD-FDP-Koalition in einigen Bundesländern verfolgt wird. Wurde zunächst die Auseinandersetzung um die Schulorganisation der integrierten Gesamtschule geführt, so zeigt sich jetzt immer deutlicher, daß es in Wirklichkeit um inhaltliche Fragen geht: auch hier wieder steht im Vordergrund der junge Mensch, der die Möglichkeit zur Entfaltung seiner Anlagen und Interessen haben soll, oder geht es darum, eine bestimmte gesellschaftliche Ordnung auf dem Weg über die Schule zu verwirklichen. Immer wichtiger wird dabei die Stellung einzelner Fächer und ihre inhaltliche Bestimmung. Wer Geschichte durch politische Gemeinschaftskunde ersetzt, löst den Menschen aus den geschichtlichen Zusammenhängen seines Standortes, liefert ihn der Manipulation aus. Folgerichtig tritt dann Jesus von Nazareth, der unter Pontius Pilatus gelitten hat, zurück hinter den Sozialrevolutionär. Ob er von uns dann noch als der liebende Erlöser erkannt und erfahren werden kann?

Christentum und Sozialismus

Die Entscheidung wird fallen, je nachdem wie wir den Menschen verstehen. Solange wir Gottes Anspruch an den Menschen ernstnehmen, das Du, das der liebende, barmherzige, vergebende, fordernde Gott mir zuspricht und mit dem er mich in die Verantwortung für den Bruder und für die politischen Ordnungen ruft, solange werden Christentum und Sozialismus nicht austauschbar sein, solange wird der Christ sich gegenüber der Idee

des Sozialismus abgrenzen müssen. Der Christ wird sich freilich immer neu fragen lassen müssen, ob er der Versuchung einer bloßen Verinnerlichung seines Glaubens widerstanden hat. Aber in der Herausforderung unserer Zeit wird er Stellung nehmen müssen. So wenig sich Demokratie im Sozialismus verwirklicht, sowenig ist Sozialismus die soziale Ethik des christlichen Glaubens.

Die Verantwortung des christlich-demokratischen Politikers liegt heute darin, daß er alles tut, um dem Menschen den Freiraum zu sichern, in dem er als eine von Gott in die Verantwortung berufener auch ganz persönlich Verantwortung tragen kann. Das wird ihn in manchen Konflikt mit mächtigen und populären Strömungen bringen, denn der Sozialismus bietet oft den bequemeren Weg; der Kon-

flikt kann auch in der eigenen Partei notwendig werden, weil keiner vor der Versuchung gefeit ist, sich selbst auf die Gesellschaft zurückzuziehen und sich aus der Verantwortung zu stehlen. Aber es geht bei der Frage nach Christentum und Sozialismus eben doch um die Freiheit, und sie zu wahren und immer neu zu gewinnen, das ist die große Herausforderung unserer Zeit!

Leser- Briefe

Die hier geäußerten Meinungen brauchen nicht mit der Ansicht des Herausgebers oder der Redaktion übereinzustimmen.

Zum Problem der Arbeitslosigkeit (s. a. EV Heft 5/77)

Es ist vermutlich bis jetzt erst wenigen Menschen bewußt geworden, daß wir uns in einem gesellschaftlichen Umbruch außergewöhnlichen Ausmaßes befinden.

Was im 18. Jahrhundert als überraschende Vorkommnisse registriert worden waren, was im 19. Jahrhundert durch Sozialschriftsteller formuliert worden ist, drängt im 20. Jahrhundert gebieterisch zur Verwirklichung.

Die Menschheitsgeschichte zeigt zwar eine ständige Änderung der Gesellschafts- und Staatsform (Demokratie, Monarchie, Diktatur usw.). Im Gegensatz zu früheren „Revolutionen“ stehen wir heute vor der Tatsache, daß diese Bewegung nicht auf ein Land beschränkt ist, sondern die ganze Welt erfaßt. Worum geht es?

Das Verhältnis des einzelnen Menschen zu seinen Mitmenschen, zu seiner Umwelt muß neu geordnet werden.

Wenn ein junger Mensch im Durchschnittsalter von 15–20 Jahren in das Erwerbsleben tritt, liegen vor ihm etwa 40 Arbeitsjahre. Er erwartet für diese Zeit Glück, Vermögen und sonstige Lebensvorteile. Er ist bereit – das dürfen wir, bis auf Ausnahmen, ohne weiteres voraussetzen – sein Bestes herzugeben.

Sehr bald aber wird er – trotz aller vorhandenen Berufsbegeisterung – erkennen, daß bei der automatisierten Arbeitsweise sehr viel nervtötende Leistung erbracht werden muß, die ihn zwar täglich „auspumpt“, die ihm aber kein Gefühl der inneren Befriedigung gibt. Trotz Tarif- und Freizeitgestaltung wird diese „Unzufriedenheit“ immer stärker und verdichtet sich dann sehr bald zu dem Wunsch, den Arbeitszwang so bald wie möglich zu beenden, obwohl doch bekanntlich die reifsten Leistungen meist erst im späteren Lebensalter vollbracht werden. Von der technischen Seite her, z. B. Arbeitszeitverkürzung oder Arbeitsplatzwechsel wird dieses Problem nur bedingt zu lösen sein.

Hier stellt sich nun die Frage, wie kann dem arbeitenden, dem dienenden Menschen trotz aller Einförmigkeit das Bewußtsein der eigenen Vollwertigkeit gegeben oder erhalten werden?

Der einzige Weg hierzu ist das Mit-eigentum am Betrieb.

Mitbestimmung mag gut durchdacht sein, aber die Vertretungen des Einzelnen durch Betriebseigene – oder Betriebsfremde lassen immer eine Vertrauenslücke offen.

Durch die wohlgedachte Beteiligung am Betrieb bleibt dem einzelnen Mitarbeiter – ganz gleich welche Funktion er ausübt – der Wunsch erhalten, möglichst viel innerhalb der Gemeinschaft zu leisten, sodaß nicht nur die Verbesserung am Arbeitsplatz (ohne Refa-System) zu erwarten ist, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit des Betriebes gestärkt wird.

Seit etwa 100 Jahren sind Versuche unternommen worden, die Beteiligung von Betriebsangehörigen am Betrieb zu ermöglichen. Diese Versuche sind bis auf Einzelaktionen gescheitert. Die inzwischen erheblichen Änderungen unserer Lebensbedingungen erfordert aber jetzt dringend eine Lösung der immer größer werdenden Spannungen zwischen „Direktion“ und „Arbeitsplatz“! Dazu gehört die dynamische Vermögensbildung wie auch die Vermögensverwaltung, die jedoch so gestaltet werden muß, daß dem einzelnen

immer das Bewußtsein erhalten bleiben muß, daß er über sein „Kapital“ verfügen kann, denn darauf kommt es an: daß sich der Einzelne nicht mehr als eine vorprogrammierte Nummer sondern als Individuum fühlt.

Die evangelische Kirche, die auf dem Grundsatz der Freiheit des Denkens und Glaubens aufgebaut ist, hat hier eine zukunftssträchtige Aufgabe zu erfüllen. Es genügt nicht mehr, das Glaubensbekenntnis zu betonen. Wir müssen jetzt endlich seelisch aktiv den durch die Zeitgeschehen verunsicherten Menschen sagen, was uns das Evangelium auch heute noch zu sagen hat! Nur so finden wir die Lösung der brennenden Zeitfrage.

Friedrich-Wilhelm Geibler
Diplom-Kaufmann
2850 Bremenhaven
Dürerstraße 3

Gewissen – prüfbar?

(s. a. Konrad Kraske: Zur geplanten Aussetzung des Anerkennungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer. EV Heft 4/1977)

Friedensdienst mit und ohne Waffen. Für welche Form man sich entscheidet, das muß man gewissenhaft prüfen ...

So hatte ich acht Jahre lang Schüler einer berufsbildenden Schule im evangelischen Religionsunterricht zur Auseinandersetzung mit dem Problem „Bundeswehr“ aufgefordert.

Doch dann kamen in den Jahren 1968/69 immer mehr Jugendliche, die sagten: „Wir wollen nicht zum Bund.“

Ich ließ mich – zur Verwunderung meiner Parteifreunde – als ehemaliger Kreisvorsitzender der Jungen Union Mülheim a. d. Ruhr, zum Beauftragten der Evangelischen Kirche für die Beratung von Wehrpflichtigen und Kriegsdienstverweigerern wählen. – Seitdem habe ich als Synodalbeauftragter des Kirchenkreises an der Ruhr über 700 „Kriegsdienstverweigerer“ beraten und

an ca. 100 Prüfungsverfahren als Rechtsbeistand teilgenommen.

Ich wollte diese Problematik einfach nicht der Polemik der „Linken“ überlassen.

Inzwischen sind sich alle Fraktionen des Deutschen Bundestages einig: Das gegenwärtige Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer weist erhebliche Mängel auf.

Ich möchte nach sieben Jahren als Rechtsbeistand sagen: Es hat zu Staatsverdrossenheit, Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit, Bereitschaft zu politischem Radikalismus, ja zu Selbsttötungsversuchen geführt.

Ausreichend reddegewandte Drückeberger bestehen das gegenwärtige Anerkennungsverfahren spätestens vor dem Verwaltungsgericht.

Zusammenfassend meine ich sagen zu können:

Ca. 60 % der Wehrpflichtigen, die mich als Berater konsultiert haben, kamen, um mir „Gründe“ vorzutragen und um zu fragen, ob diese Gründe als „Begründung“ für eine Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen ausreichen.

Weitere 35 % der Ratsuchenden kamen mit der Behauptung „Kriegsdienstverweigerer“ zu sein und erzählten mir dann vielerlei Begründungen, die sich als bunte Mischung von „Barras-Aversionen“, Romantik, aber eben auch Gründen, die „echte“ Gewissensgründe waren, zusammensetzten.

Nur etwa 5 % der Ratsuchenden waren Wehrpflichtige, die sich als „Kriegsdienstverweigerer“ bezeichneten, eine ausgearbeitete schriftliche Begründung mitbrachten, über den Ablauf des Anerkennungsverfahrens informiert waren und eine gründliche Auseinandersetzung mit der Verteidigungsproblematik hinter sich hatten.

Diese letzte Gruppe bestand ausschließlich aus Abiturienten. Ihre Beratung und Vertretung erforderte wenig Aufwand. Dennoch wurde anfangs noch nicht einmal die Hälfte von ihnen anerkannt – jedenfalls nicht in der 1. Instanz – weil die Argumente dieser Antragsteller oft das geistige Niveau der Beisitzer übersteigen. Es bedurfte vielfältiger Gespräche mit den örtlichen Beisitzern, bis sie begriffen, daß „Wissen“ sich zu „Gewissen“ verdichten kann.

Bei den beiden ersten Gruppen meiner Klienten habe ich jeweils versucht, herauszufinden, was denn nun überwiegt, die „gewissen Gründe“ oder die „Gewissensgründe“.

Kam ich zu der Überzeugung, daß die „gewissen Gründe“ eindeutig dominierten, habe ich versucht, dem Ratsuchenden einsichtig zu machen, daß sein Begehren erfolglos bleiben müsse. Viele haben nach solchen Gesprächen keinen KDV-Antrag gestellt bzw. gestellte Anträge zurückgezogen. Wenige

haben meinen Rat zurückgewiesen und sind gescheitert. Von 2 „KDVer“ weiß ich, daß sie trotz meiner Bedenken anerkannt worden sind. – Etwa 15 junge Männer sind nachher sogar Zeitsoldaten geworden. – Die Vertretung solcher „KDVer“ als Rechtsbeistand habe ich abgelehnt.

Kam ich allerdings zu der Überzeugung, daß die vorgebrachten Gründe der Ratsuchenden letztlich „Gewissensgründe“ waren, d. h.: Gründe, gegen die ein junger Mensch nur verstoßen kann, wenn er sich einem erheblichen seelischen Streß aussetzt, was entweder dazu führt, daß er resigniert oder seine bisherigen ethischen Wertmaßstäbe völlig wegwirft, dann habe ich versucht, ihn so zu beraten, daß er befähigt wurde, über seine ganz persönlichen Bedenken, so zu sprechen, daß Außenstehende – der Prüfungsausschuß für Kriegsdienstverweigerer – ihn verstehen und „anerkennen“ konnten. Junge Menschen mit geringerer Intelligenz, beschränktem sprachlichen Ausdrucksvermögen und individuellen psychischen Hemmungen haben sich dabei als besonders schwierige Fälle erwiesen.

Der junge Mann, der evtl. sogar schon Soldat ist, während der Grundausbildung Waffendienst geleistet hat, „um mit seinen Vorgesetzten keinen Streit zu haben“, der nun aber merkt, daß er nicht „schießen“ kann, weil er bei jedem Treffer auf der Scheibe einen „Schrei“ hört, das Gesicht eines Menschen sieht und bei allen Gegenargumenten sagt: „das weiß ich, ich kann aber nicht anders; ich weiß daß wir die Bundeswehr brauchen, usw.“ Er wird etwa folgenden Fragen ausgesetzt: „Sie wollen also, daß Ihre Kameraden Sie schützen, sich aber selbst die Hände nicht schmutzig machen?“ „Haben Sie schon einmal ein Tier getötet?“ (Nein) „Essen Sie Fleisch?“ (Ja) „Wenn Sie kein Tier töten können, dann müßten Sie doch Vegetarier sein?“ „Das Gewehr, das Sie jetzt benutzen, ist doch nur ein Stück Eisen. Sie sollen ja auch gar nicht auf Menschen schießen. Wenn die Bundeswehr abschreckend genug wirkt, brauchen Sie Ihr Gewissen ja auch gar nicht zu belasten?“ Antwort: „Ich kann mit Ihren Fragen nichts anfangen. Ich kann nicht schießen, ob Sie mir das nun glauben oder nicht.“ „Ja, Ihr Können hat doch nichts mit Gewissen zu tun.“

Viele Vorsitzende und noch mehr Beisitzer – vor allem solche, die zu unserer Partei gehören – halten solche Fragestellungen für sachdienlich.

Ich meine: Es wird keine Verfahrensregelung geben, die sicherstellt, daß das Grundrecht auf Anerkennung als „KDVer“ nicht mißbraucht werden kann, doch jedem zugestanden wird, der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründe ist. In einem pluralistischen

Staat wird es wohl kein parlamentarisch definiertes „Gewissen“ geben. – Wie will man es dann aber prüfen?

Ich stimme den Kritikern des SPD/FDP-Entwurfs zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes zu: Die Aussetzung des Prüfungsverfahrens kann eine Inflation von „Gewissensentscheidungen“ zur Folge haben. Zumal in der Tat bei vielen jungen Menschen ein großes Informationsdefizit über die Verteidigungsproblematik besteht.

Ich meine, der Ausweg aus dem Dilemma der Entwürfe ließe sich analog der Pflichtberatung nach § 218 lösen.

Wer als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen anerkannt werden will, muß eine „Pflichtberatung“ über sich ergehen lassen. Er wird über den Wehr- und Zivildienst und seine Möglichkeiten informiert. Anschließend kann er sich für den Wehr- oder den Zivildienst entscheiden. Hat er seinen Zivildienst ordnungsgemäß abgeleistet, gilt er als anerkannter Kriegsdienstverweigerer. Kann er den Zivildienst aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, nicht innerhalb von zwei Jahren ableisten, so ist er trotzdem anerkannt. – Freiwilliger Dienst in Sozialberufen kann nach drei Berufsjahren dem Zivildienst gleichgestellt werden.

Hat jemand weder Grundwehrdienst noch Zivildienst geleistet, erfolgt auch keine Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer, wenn die Gründe dafür beim Antragsteller liegen. In sonstigen Fällen genügt eine schriftliche Willenserklärung gegenüber dem Kreiswehrersatzamt.

Sollte sich herausstellen, daß die allgemeine Wehrpflicht von der jungen Generation nicht mehr ausreichend akzeptiert wird, muß das Erziehungssystem überprüft werden. Ob eine „zwangsrekrutierte Armee“ abschreckende Wirkung hat, erscheint mir jedenfalls äußerst zweifelhaft.

Es gibt weder Zensurengerechtigkeit in der Schule noch Steuergerechtigkeit. Es wird auch keine Wehrgerechtigkeit geben. Jeder Rechtsstaat muß damit leben, daß ein geringer Prozentsatz von Bürgern versucht, seine Rechtsnormen zu unterlaufen. Sogar gewählte Parlamentarier – auch der CDU – werden immer wieder versuchen, das geltende Recht vorteilhaft für sich zu beugen. In Gewissennot sollte dadurch aber kein Bürger gebracht werden. Es wird – je differenzierter die ethische Erziehung ist, desto mehr – immer Menschen geben, die keine Schußwaffe gebrauchen können, obwohl sie die Gründe für einen evtl. Schußwaffengebrauch „einsehen“.

Wolfgang Riedl, evangelischer Pfarrer. Beauftragter des Kirchenkreises Mülheim an der Ruhr, für die Beratung von Wehrpflichtigen und Kriegsdienstverweigerern. 4330 Mülheim, Brandenburg 67.

Abschied von Ludwig Erhard

Prälat Hans-Georg Binder, Bevollmächtigter der Evangelischen Kirche Deutschlands am Sitz der Bundesregierung, hielt den Trauergottesdienst zum Tode von Altbundeskanzler Professor Dr. Ludwig Erhard am 11. Mai 1977 in der evangelischen Kreuzkirche zu Bonn. Anstelle eines Nachrufes für Ludwig Erhard, der sich dem Evangelischen Arbeitskreis der Unionsparteien bis zu seinem Tode stets verbunden fühlte, bringt die Evangelische Verantwortung nachfolgend den Predigttext, der Ludwig Erhard als einen Menschen skizziert, dessen persönliches Handeln durch christliches Denken evangelischer Prägung gezeichnet war.

*Gnade sei mit Euch und Friede von Gott unserem Vater und unserem Herrn Jesus Christus.
Amen*

Wir haben uns als christliche Gemeinde versammelt, um von einem Toten Abschied zu nehmen, der für sehr viele Menschen in unserem Volk – nicht nur für seine nächsten Angehörigen und nicht nur für seine politischen Freunde – außerordentlich viel bedeutet. Wir tun es in einem Gottesdienst. In ihm hat es immer um die Ehre Gottes zu gehen, nicht um die Ehre eines Menschen. Darum ist dieses nicht der Ort, das politische Lebenswerk des Verstorbenen zu würdigen. Das mögen Berufenere zu einer anderen Stunde tun. Ohnehin muß hier der Meinungsstreit schweigen. Ludwig Erhard hat keinem Menschen mehr Antwort zu geben. Er steht jetzt vor Gott.

Wir aber dürfen Gottes Wort hören. Wir fragen nach den Spuren dieses Wortes in seinem Leben und in unserem Leben, nach unserer Verantwortung und nach dem Trost, der über das Sterben hinausreicht.

Ich lese aus dem 1. Buch Mose, dort im 50. Kapitel. Es ist das Ende der Josefsgeschichte. Die ungetreuen Söhne Jakobs müssen sich ganz in die Hand ihres mächtigen Bruders Josef geben. Dabei erfahren sie eine überraschende Antwort.

Und seine Brüder gingen hin und fielen vor ihm nieder und sprachen: Siehe, wir sind deine Knechte.

Josef aber sprach zu ihnen: Fürchtet euch nicht. Stehe ich denn an Gottes Statt? Ihr gedachtet es böse mit mir zu machen, aber Gott gedachte es gut zu machen, um zu tun, was jetzt am Tage ist, nämlich am Leben zu erhalten ein großes Volk. So fürchtet euch nun nicht; ich will euch und eure Kinder versorgen. Und er tröstete sie und redete freundlich mit ihnen.

Wer heute nach der christlichen Verantwortung für diese Welt fragt, der erhält verwirrend unterschiedliche, ja gegensätzliche Antworten. Von dem prophetischen Aufruf zum Handeln im Sinne dieses oder jenes politischen Programms bishin zum Festhalten an den Vorstellungen einer christlichen Gesellschaftsordnung gibt es eine Vielzahl von widerstreitenden Äußerungen. Ludwig Erhard hat sich Zeit seines Lebens nicht darauf verrechnen lassen – und ich meine, wir sollten ihm das danken. Gewiß, er war ein Sohn seiner fränkischen evangelischen Kirche. Er hat ihr zur Seite gestanden, wo er es vermochte. Aber er hat das eher still und zurückhaltend getan. Geistig wohl vor allem im protestantischen Liberalismus wurzelnd mögen ihm die Fragen der Ethik ohnehin näher gewesen sein als die der Dogmatik. Aber dieses doch wiederum nicht so, daß er sie gar nicht erst gestellt hätte.

Nein, was den Christen an seiner politischen Biographie, an den vielen Zeugnissen seines Denkens und Handels aufmerken läßt, sind Grundzüge seines Verhaltens. Eines Verhaltens, das seine Wurzeln im evangelischen Boden nicht leugnet. Und zwar gerade solche Grundzüge, die auf dem Markt der öffentlichen Diskussion viel Kritik herausgefordert haben.

Eine Beobachtung heißt: Zumindest in der Zeit seiner stärksten Wirksamkeit hatte er ein unbändiges Vertrauen in die Kraft des Wortes, des vernünftigen Argumentes. Er war von der Richtigkeit seines politischen Konzeptes überzeugt. Und in der Diskussion suchte er Menschen dafür zu gewinnen. Gewinnen wollte er sie tatsächlich,

nicht nur ihr Kreuz auf dem Wahlzettel. Er wollte ihre wirkliche Zustimmung. Dabei war er kein politischer Messias.

Dazu kommt eine zweite Beobachtung, die immer wieder kritisch vorgebracht worden ist. Zur politischen Macht hatte Ludwig Erhard ein merkwürdig gebrochenes Verhältnis. Er wußte, daß zum politischen Gestalten das Anstreben und Verwalten von Macht gehört. Aber er wußte auch, daß Macht allemal ein zweischneidig Ding ist. Er wußte, wieviel Verlockung und Versuchung darin steckt, und wie eng oft vernünftiger Machtgebrauch und Machtmißbrauch beieinanderliegen.

Dazu stimmt das Zeugnis vieler, die ihn kannten, daß er auch in allen Enttäuschungen allenfalls bitter und zornig, nie aber zynisch geworden sei. Ihm fehlte jenes Maß an Menschenverachtung, das andere bedeutende Persönlichkeiten so häufig auszeichnet.

Ob sein politisches Konzept in allem richtig war oder nicht – darüber ist nicht von einer Kanzel herab zu urteilen. Aber die Grundzüge des Verhaltens wurzeln so sehr im christlichen Denken protestantischer Prägung, daß sie hier als Fingerzeig und Anfrage ernst zu nehmen sind.

Non vi sed verbo – nicht mit der Macht, sondern mit dem Wort. Wer aus dieser Schule kommt, wird es immer – bis zur Grenze der Lächerlichkeit – mit dem Argument versuchen wollen.

Ich glaube nicht, daß irgendwelche Programmpunkte eine christliche Politik ausmachen. Holzschnittartig geredet: entscheidend ist die Haltung des Josef gegenüber seinen elenden Brüdern. Fürchtet euch nicht, stehe ich denn an Gottes statt? Oder – wie es in der alten Lutherbibel übersetzt heißt: Fürchtet euch nicht, denn ich bin unter Gott.

Es gibt gnadenlose Vorstellungen von der Politik auch in unserer Gesellschaft, bei denen der einzelne Mensch wenig zählt. Dagegen steht das Wort: Fürchtet euch nicht, denn ich bin unter Gott. Christliche

Verantwortung für diese Welt zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß sie zu den ihr anvertrauten Menschen sagen kann: Fürchtet euch nicht, denn ich bin unter Gott.

Hier schließt sich ganz unmittelbar ein zweiter Punkt an. Es ist die Frage nach der Zukunft. Und es ist notwendig, diese Frage gerade in der Stunde des Abschieds von einem solchen Mann zu stellen: Welches sind die gestaltenden Kräfte der Zukunft?

Wenn diese Frage gerade in der Kirche immer wieder laut wird, so ist hier zugleich zwei Mißverständnissen zu wehren. Zunächst: Es kann nie darum gehen, die Lauterkeit und moralische Kraft der Menschen in Frage zu stellen, die keine Christen mehr sein wollen und mit denen wir zusammen zu leben und zu arbeiten haben. So weit ich sehe, hat auch Ludwig Erhard dieses nicht getan. Zum anderen: Bei dieser Frage nach der Zukunft hat es uns tatsächlich um die Zukunft des Menschen zu gehen, nicht um die Zukunft der Kirche und ihrer Organisation. Die Zukunft der Kirche ist nicht das Geschäft der Kirche.

Aber die Frage ist ja, was ist hierzulande eigentlich der Nährboden für eine menschliche Politik. Welche ethischen Reserven haben wir? Was gibt uns Impulse und Motive für unser Handeln?

Hier soll behauptet werden: Auch morgen wird der stärkste Schutz gegen die Hybris des Menschen der Mensch sein, der sich unter Gott weiß. Und diese Gesellschaft schneidet sich von ihren Wurzeln los, die ihr Kraft geben können —

auch morgen — wenn sie sich von dem christlichen Glauben löst, der in ihrer Geschichte Gestalt gefunden hat.

Eine dritte Aussage schließlich: Was hat dem mächtigen Josef die Möglichkeit gegeben, seinen Brüdern menschlich zu begegnen? Es war nicht nur die Demut. Es war zugleich die Gewißheit, daß er sich als aufgehoben erfahren durfte in dem Handeln Gottes mit dieser Welt. Aber Gott gedachte es gut zu machen — so sagt er zu ihnen. Es geht nicht mehr darum, daß er recht bekommen hat gegen sie. Sondern es geht darum, daß sie sich gemeinsam geborgen wissen dürfen im Handeln Gottes an der Welt.

Ludwig Erhard hat diese Welt zu einer Stunde verlassen, in der sich am Horizont dunkle Wolken auftürmen. Was gibt heute den Mut, in der Verantwortung zu bleiben? Was gibt die Tapferkeit, auch vor unlösbar erscheinenden Aufgaben auszuhalten? Der christliche Glaube sagt: Es ist die Gewißheit, daß die entscheidende Frage des Menschen längst entschieden ist. Die Frage nach dem Heil, die Frage nach der Zuwendung Gottes zu dem Menschen, dem alles unter seinen Händen zerbrochen ist. Die Frage nach der Vergebung der Schuld, die wir mit uns herumschleppen.

Und auch hierher gehört noch einmal die Antwort: Christliche Verantwortung in der Politik wird nicht zuerst durch diese oder jene Programmpunkte gekennzeichnet, sondern christliche Verantwortung in der Politik ist die Sache befreiter Vernunft. Der Mensch, der weiß, daß Gott über ihn entschieden hat,

der weiß, daß diese Welt Gottes gute Schöpfung bleibt, der Mensch auch, der weiß, daß Gott ihn in Gnaden annimmt, — dieser Mensch kann dann auch hingehen und entlastet von den letzten Fragen das Tagfällige tun. Mit Phantasie und Zähigkeit, durch Niederlagen hindurch als ein fröhlicher Sisyphus. Er ist es ja nicht, der dieser verrückten Welt den Sinn einprägen muß. Gott hat das alles längst getan. Er weiß zum Beispiel, daß es in der Politik nicht um das Paradies geht, sondern allenfalls um eine brüchige Ordnung des menschlichen Zusammenlebens von Generation zu Generation. Mit soviel Gerechtigkeit wie möglich, mit soviel Freiheit wie möglich, mit soviel Menschlichkeit wie möglich.

Dieses hat dann noch eine sehr persönliche Wendung. In der christlichen Gemeinde kann der Mensch seine Toten zurückgeben in die Hand Gottes. Er gibt sie nicht in das Nichts hinein. Gott hat schon alles entschieden. Und auch das Lebenswerk eines Menschen kann darum zurückgegeben werden in die Hand des Schöpfers und des Erlösers. Seit altersher singt die Christenheit Osterlieder gegen den Tod. Sie feiert die Auferstehung Christi an den Gräbern. Darin hat auch dieser Trauergottesdienst seinen tiefsten Sinn.

Aus unserer Arbeit

Was heißt eigentlich „konservativ“?

Lübeck: Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Lübeck führte unter der Leitung von Pastor Böhme eine öffentliche Diskussionsveranstaltung durch, die sich mit der Frage „Konservativ — heute. Was heißt

das eigentlich?“ auseinandersetzte. Dr. Michael Freund, Dozent an der Akademie Sankelmark, hielt das einleitende Referat. Er führte zunächst aus, daß seit einigen Jahren eine engagierte Diskussion darüber geführt werde, ob der Konservatismus seine Kraft als politische Theorie und damit seinen Einfluß in der gesellschaftspolitischen Praxis tat-

sächlich verloren hat, oder ob er nicht im Gegenteil vor neuen Möglichkeiten seiner Entfaltung steht. Dr. Freund konnte in diesem Zusammenhang eine Reihe namhafter Politologen, Historiker, Schriftsteller, Autoren und Politiker nennen, die der Meinung sind, daß die 50'er Jahre das Jahrzehnt des Existentialismus, die 60'er das des Neo-

marxismus gewesen seien, während die 70'er Jahre das Jahrzehnt des Konservatismus, und zwar in seiner neuen, schöpferischen Ausprägung zu werden scheinen.

Der Konservatismus, so meinte der Referent in einem historischen Rückblick, ist von seinem Ursprung her keine politische Theorie sondern eine gesellschaftspolitische Haltung. Seine allgemeinen Prinzipien werden auf den 1797 verstorbenen Edmund Burke zurückgeführt. Dieser englische Liberale gelangte zu der Erkenntnis, daß jeder Staat, dem ausreichende Mittel zur fortschreitenden Veränderung fehlen, unfähig wird, sich selbst zu erhalten. Bewahren und Fortentwickeln sind nach Burke keine Gegensätze, beide Begriffe bedingen sich gerade zu. Aus diesem „Erhaltungs- und Verbesserungsprinzip“ hat sich aber im Laufe der Zeit die Vorstellung vom Festhalten am Althergebrachten so verselbständigt, daß konservative Gesinnung ein Synonym für ein ewig gestriges, unzeitgemäßes, antidemokratisches, reaktionäres Denken und Handeln wurde. Nach Dr. Freund hat es viele Versuche gegeben, den Konservatismus von dieser, nicht zuletzt durch einige seiner Repräsentanten mitverschuldeten Hypothek zu befreien; sehr eindrucksvoll ist Golo Manns Plädoyer von 1962. — Der Referent nannte die Schwierigkeiten, die einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem Konservatismus entgegenstehen. So sei es kaum möglich, den Konservatismus genau zu definieren, weil es über ihn eigentlich nur Standpunkte gibt, weil er keine in sich geschlossene Theorie oder Lehrmeinung darstellt und schon gar kein Zweig der Wissenschaft ist, was bekanntlich der Marxismus von sich behauptet. Schwierigkeiten ergeben sich auch aus der Tatsache, daß der Konservatismus historisch wechselnde Inhalte hat. Unter den sich verändernden politischen und sozialen Konstellationen mußte und muß ständig neu festgestellt werden, was es zu erhalten gilt. Im Gegensatz zum Marxismus, der überall gleich ist, können konservative Elemente von

einem Land zum anderen differieren. Das Haupthindernis für eine von kontroversen Standpunkten her geführte Diskussion ist das in weiten Teilen der Bevölkerung zu beobachtende Desinteresse gewesen, zu einer Zeit, da Fortentwicklung, Zunahme und Verbesserung auf allen Gebieten uneingeschränkt für möglich gehalten wurden. Erst als sich die Erkenntnis durchsetzte, daß vieles — wie die Zersiedelung der Landschaft, die Zerstörung der Erholungsgebiete und die Unwohnlichkeit der Städte — Ergebnisse dessen sind, was vor kurzem noch mit Fortschritt bezeichnet wurde, begann sich konservatives Gedankengut zu rekonstruieren und neu zu orientieren.

Dr. Michael Freund trug im Hauptteil seines Referates die verschiedenen Diskussionsansätze, Theorieversuche und Ergebnisse vor. Einige seien kurz wiedergegeben. Drei Spielarten des Konservatismus unterscheidet heute Ossip K. Flechtheim; zwei negative, nämlich den reaktionären und den reinen Konservatismus und eine positive Form, nämlich den progressiven Konservatismus. Seine Vertreter anerkennen, daß eine Reihe von Reformen durchgeführt werden müssen, um ganz bestimmte Werte und Institutionen erhalten zu können. Genau an dieser Stelle setzt auch Erhard Eppler mit seinen Überlegungen an. Er differenziert zwischen dem negativen Strukturkonservatismus, der nur die vorhandenen Machtstrukturen erhalten will und dem notwendigen Wertkonservatismus, der bestimmte Strukturen verändern will, um bedrohte Werte zu erhalten, um neue Werte durchzusetzen. Dr. Freund führte aus, daß nach Epplers Einteilung praktisch alle konservativ seien und betonte trotz vieler Einwände, daß die SPD mit dieser Konzeption ein theoretisches Fundament zur Veränderung der Gesellschaft mit konservativem Vokabular besitze. Abschließend stellte der Referent die von Gerd-Klaus Kaltenbrunner entwickelte Theorie eines „schöpferischen“ Konservatismus vor. Auch Kaltenbrunner lehnt den überholten, reaktionären

Konservatismus ab. Er will seinen Neuanfang als „Kritik, Widerstand und Korrektiv in einer auf Katastrophen zutreibenden Welt“ verstanden wissen. Seine Theorie geht von einer realistischen Anthropologie aus, die besagt, daß es zwischen den Menschen nicht nur soziale Unterschiede, sondern auch genetisch bedingte im Intelligenz- und Leistungsniveau gebe. Dies hat ganz eminente politische Folgen, nämlich Solidarität, die Pflicht des Stärken für den Schwachen einzustehen aber auch die Möglichkeit zur vollen Entfaltung des Individuums. Zu den anthropologischen Befunden gehören ferner gewisse Konstanten, die sich nicht verändern und in allen Kulturen existieren, wie Sprache, Werkzeug, Schmuck, Spiel und Grab. Dieses, der Geschichte widerstehende Nichtgeschichtliche zeigt, daß die Veränderungskapazität des Menschen begrenzt ist. Insofern stellt Kaltenbrunners konservative Theorie auch einen „Beitrag zur Kunst ein Mensch zu sein“ dar. Neben diesem Menschenbild gehört die von ihm entwickelte Ökologietheorie, die weit über Umweltschutzüberlegungen hinausreicht, zum neuen Konservatismus. Als drittes Element ist der Freiheitsbegriff zu nennen, der auch die Freiheit des anderen und des Unpolitischen mitumfaßt. Zu den konservativen Prinzipien gehören: ein gewisser Sinn für Ordnung, die Anerkennung einer Staatsautorität, denn wie sollen Reformen durchgeführt werden, wenn der Staat schwach ist? Schließlich: ein gesunder Pessimismus hinsichtlich aller Weltumbaupläne. Die Leitvokabel heißt Wirklichkeit und bedeutet, daß gemachte Erfahrung in jedem Fall die aufgestellte Theorie zu schlagen habe. Konservative sollten primär nur das erwerben, was ihnen nicht genommen werden kann: Energie, Mut, Wissen und moralische Haltung.

Dr. Freund schloß seine Ausführungen mit der Feststellung, daß der neue Konservatismus nicht parteigebunden angelegt ist und zum Gedankengut aller demokratischen Parteien gehören kann und sollte.

Evangelische Verantwortung — Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU. Herausgeber: Dr. Gerhard Schröder, MdB; Dr. Werner Dollinger, MdB; Kultusminister Prof. D. Wilhelm Hahn, MdL; Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg, MdL. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Peter Egen, Oberer Lindweg 2, 5300 Bonn, Telefon (0 22 21) 54 43 06. Verlag: Union-Betriebs-GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn. Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM. Konto: EAK — Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267. Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf. Abdruck kostenlos gestattet — Belegexemplar erbeten.